

Berliner Börsen-Beitung.

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal.

Bezugs-Preis:

Einzelheftlich für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mt., Österreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband- Sendung 20 Mt. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Zielungslisten der Preussischen Klassen- Lotterie.

Allgemeine Verlosungstabellen mit Aesaulen-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierzeilrige Zeile 50 Pf. Restamittel 1 Mt.

Telegramm-Adresse:

Börsenfronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.

Annahme der Inserate: Zu der Expedition.

Verantwortlicher:

Mut I, Nr. 243.

Vom Tage.

Der Deutsche Reichstag tritt heute zu seiner Herbstsession zusammen.

Wie aus Peking gemeldet wird, hat Quanshikai das Amt eines Vizekönigs von Hukuang angenommen.

Mexikanische Regierungstruppen haben in einem Vorstöße bei Tepotlan stattgefundenen Gefecht 500 Rebellen, Anführer Zapata, aufgegeben. Zapata selbst ist entkommen.

Der Spionageprozess gegen den Deutschen Max Schuly wird in der Herbstsession des Geschworenengerichts in Greter, die am 30. d. Mts. beginnt, zur Verhandlung kommen.

Die Schlussstagung des Reichstags.

Nach einer Ruhepause von ungefähr fünf Monaten tritt der Reichstag heute wieder zusammen, um vor seinem nahen Ende — denn im Januar sorgen Neuwahlen für seine Auflösung — noch einmal auf kurze Zeit allseitig zu präzisieren. Obwohl viel positive Arbeit wird vor ihm in den sieben bis höchstens acht Wochen, die er bis Weihnacht verbleiben kann, nicht erwartet werden dürfen. Gelegentlich Stoff genug, ja sogar mehr als übergenug, läge ja allerdings vor; aber um ihn auch nur zur Hälfte zu bewältigen, dazu wird es den moriturus des hohen Hauses sicherlich mehr noch an Lust als an Zeit mangeln. Ihre Gedanken sind eben, und zwar aus gutem Grunde, derzeit auf ganz andere Dinge gerichtet, als auf positives Schaffen. Wenn es auch an diesem nicht ganz fehlen wird, so ist doch die Aufmerksamkeit der Reichstoten allzu sehr auf die bevorstehenden Neuwahlen hingelenkt, als daß nicht auf allen Seiten die stärkste Neigung zu häufiger Wahlarbeit, zu leidenschaftlicher Propaganda durch Neben — zum Hause hinaus — vorausgesetzt werden müßte. Und am allerwenigsten werden die Gegner des schwarzbauen Blocks und der von ihm geschaffenen sogenannten Finanzreform vom Jahre 1909 es verabsäumen, die kostbare kurze Zeit der Schlussstagung diesem Zwecke der Wahlvorbereitungen dienlich zu machen.

In welcher Weise und in welchem Ausmaße das geschehen wird, auch darüber kann keine Unsicherheit bestehen. Wegen ja doch schon gleich bei dem heutigen Wiederzusammentritt des Reichstages eine Anzahl Interpellationen vor, anlässlich deren die Gegenläufigkeit zweifellos auf das denkbar schärfste aufeinanderprallen werden. Vor allem wird die Besprechung der Interpellation über die Lebensmittel-Teuerung der sich aus den gesamten Linksparteien zusammenlegenden Minderheit von 1909 erwünschtesten Gelegenheit bieten, wieder einmal die damalige Vorgänge gründlich unter die Lupe zu nehmen, den Widerstand von Zentrum und Konfessionellen gegen jedwede wirkliche und wirtschaftliche finanzielle Reform zu beleuchten und damit den Boden für die nachfolgende Wahlbewegung zu bereichern. Wenn es richtig ist, daß die Hinausschiebung der Neuwahlen bis zum allerletzten zulässigen Termin nicht zum wenigsten auf Wunsch oder doch im Einverständnis mit Wünschen des schwarzbauen Blocks erfolgt ist, so wird gerade er ob der Erfüllung dieser seiner Wünsche hinterdrein schwerlich Beugung empfinden. Denn die sicherlich heißen Debatten über die gegenwärtigen Teuerungsbekämpfungen werden den Widersachern der Erbschafts- wie überhaupt jeglicher ernsthaften Besteuerung zweifellos den unwiderleglichen Beweis liefern, daß mit der Länge der inzwischen verstrichenen Zeit der Unwille

über die vor zwei Jahren dekretierte Fälle indirekter Steuern im Reiche sich nicht nur nicht beruhigt, sondern vielmehr sich noch zusehends gesteigert hat.

Neben der Teuerungszurückpensation werden auch die weiteren Interpellationen, die bereits angekündigt sind, so eine sozialdemokratische über die Handhabung des Vereinsrechts, eine über die Abrechnung der Eisenbahnarbeitern in Beschäftigungen sowie besonders noch die in den gegenwärtigen Zeitläuften das öffentliche Interesse hervorhebende abhorrende Interpellation über die Marokkopolitik der positiven Arbeit Abbruch tun. Was diese letztere Angelegenheit anlangt, so scheint es freilich, als werde sich der Reichstag noch etwas mit Geduld wappnen müssen, da der Schlußakt der mit Frankreich geführten Verhandlungen, die Einigung über die Frage der Gebiets-„Entschädigung“ in Afrika, noch auf sich warten läßt.

Man für Erledigung eigentlicher legislativer Aufgaben wird, wie schon bemerkt, nur in geringem Umfang bleiben. Als das Haus am 31. Mai d. J. auseinanderging, hinterließ es eine lange Liste von Vorlagen, die sich bereits in mehr oder weniger vorgerücktem Verarbeitungsstadium befanden, aber sämtlich bis zum Herbst zurückgestellt werden mußten. Am reichsten für die Schlussberatung waren das Arbeitskammergesetz und die Strafgesetzbuchnovelle, da von ihnen nur noch die dritte Beratung ausstand. In zweiter und dritter Beratung blieben noch zu erledigen die Strafprozessnovelle, das Hausarbeitsgesetz, die Gewerbenovelle (§ 114 a usw. der G.-O.) und der Gesetzentwurf wegen Errichtung eines Kolonial- und Konfliktgerichtsorgans. Auch für das leidige Schiffahrtsabgabengesetz liegen nur noch zweite und dritte Beratung aus, nachdem in voriger Woche die mit Vorberatung dieses Gesetzentwurfs betraute Kommission getagt und ihre Beschlüsse gefaßt hat. Diesen sieben Vorlagen reihen sich dann noch sechs weitere an, die sich zurzeit noch in den resp. Kommissionen befinden, nämlich: betr. Ausgabe kleiner Aktien, Kurpfuschergesetz, Aufhebung des Hülfslasengesetzes, Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, Tagegelber usw. der Kolonialbeamten und endlich Änderung der Fernsprechtarifordnung.

Diese vom Frühjahr aus rückständige Speisekarte ist, wie man sieht, übergenug. Und selbst wenn etwas mehr Zeit zur Verfügung lände, als dies tatsächlich der Fall ist, würde sie schwerlich völlig aufgearbeitet werden können. Um so weniger, als dem Reichstage alsbald noch zwei handelspolitische Vorlagen — Handelsbeziehungen zum britischen Reiche sowie Handelsvertrag mit Japan — und die längst erwartete Vorlage betr. Versicherung der Privatangelegten zugehen werden und die Absicht wohl allseitig besteht, diese Vorlagen in den Hafer zu bringen. Das wird denn auch wohl geschehen. Das aber daneben von dem vom Frühjahr her in Arbeit befindlichen Vorlagen noch mehr als etwa: das Schiffahrtsabgabengesetz, die kleine Strafgesetzbuchnovelle, das Hülfslasengesetz, Kolonial- und Konfliktgerichtsorgans sowie die Tagegelber der Kolonialbeamten und allenfalls noch Hausarbeitsgesetz und Gewerbenovelle durch die dritte Beratung gebracht werden können, erscheint ausgeschlossen. Zu den Gesetzen, die sicherlich unter den Tisch fallen werden, wird zweifellos auch die Strafprozessordnung gehören, insofern auch der Regierung an ihrem Zustandekommen gelegen zu sein scheint. Alles hat sein Maß, so auch die Arbeitskraft des Reichstages, mit der ohnehin schon — der Verpflegung der letzten Jahre gemäß — Anbau genug wird getrieben werden müssen, wenn es auch nur gelingen soll, die vorerwähnten Gesetzentwürfe durch alle Verarbeitungsstadien durchzupressen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Aus Konstantinopel wird uns gemeldet: Der Entschluß der Porte, auf die beabsichtigte Ausweisung aller Italiener aus dem ottomanischen Reiche zu verzichten, ist von der gesamten Diplomatie mit großem Beifall aufgenommen worden. Die Ausführung dieser Maßregel würde die Lage noch mehr erschweren und Italien zu Repressalien veranlassen haben, über die man in den diplomatischen Kreisen unterrichtet ist. Es wird als wünschenswert bezeichnet, daß auf türkischer Seite auch von einem allgemeinen Boykott gegen die Italiener abgesehen werde, da eine solche Aktion den Türken selbst größere Nachteile zuziehen könnte, als Italien. Die Ausfuhr Italiens nach der Türkei beträgt bisher Prozent seines gesamten Exports, die Türkei würde dagegen durch Gegenmaßnahmen Italiens enorme Einbußen erleiden. Die Mobilisierungsmassregeln, welche die Porte in den europäischen Provinzen des Reiches getroffen hat, werden in den diplomatischen Kreisen nicht ohne Bedenken gesehen. Man zieht wohl die Aufrichtigkeit der Versicherungen der türkischen Regierung, daß es sich lediglich um Handlungen der Vorsicht für die Abwehr von Gefahren handle, nicht in Zweifel, weist jedoch darauf hin, daß diese Vorgänge der Bevölkerung in der Türkei wie in den Nachbarstaaten die Möglichkeit von Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel vor Augen führen, welcher Gedanke durchaus ferngehalten werden sollte.

Ueber die politische Lage in Konstantinopel geht der „Frk. Ztg.“ von dort ein interessanter Bericht zu. Danach können die Entschädigungen nicht mehr lange auf sich warten lassen, diese Woche wird vom Standpunkt der inneren wie der äußeren Politik der Türkei sicherlich die folgenschwerste Bedeutung haben. Diese Erkenntnis mag auch das Komitee auf den Gedanken gebracht haben, einen Ausgleich mit der Opposition anzustreben. Die Komitèpartei verhandelte die Opposition dahin, daß durch Annahme der bekannten zehn Artikel des Obersten Satzes vom Kongress der Jungtürken die wesentlichen Differenzen zwischen ihr und der Opposition beseitigt würden. Man machte nun den Vorschlag, eine gemeinsame Deputation von zehn Mitgliedern zum Großwesir zu senden, um dessen Politik noch vor der Eröffnung der Kammer kennen zu lernen. Falls diese den beiderseitigen Auffassungen nicht entspreche, solle man sich auf ein kombiniertes Kabinett, mit Hussein Hilmi an der Spitze, einigen, in dem das Komitee acht, die Opposition fünf Plätze erhalten würde. Das Komitee lies die Opposition weiter wissen, daß es für eine Politik des Arrangements mit Italien auf die wohlwollendste Unterstüzung der Triplenteente-Mächte rechner und gab dabei seiner Zustimmung darüber Ausdruck, daß der Großwesir Said fortwährende Verhandlungen dieser Art mit Deutschland und Oesterreich-Lungarn zu führen. Die Opposition erwiderte, sie würde es als einen Verstoß gegen die Verfassung ansehen, wenn Said sich aus parteipolitischen Rücksichten zu einer vorzeitigen Bekanntgabe seines Programms bestimmen ließe. Dieses Programm müsse im Plenum offen entwickelt werden, worauf dann die Opposition ihren Standpunkt festlegen wolle. Hussein Hilmi soll augenblicklich jede mit seinem Namen verbundene Kombination entschieden ablehnen. Die kaiserlichen Prinzen ziehen indessen am entgegengelegten Strang. Sie verhandigten den Sultan, daß, wenn er in die Auflösung des Parlaments einwillige, im dann ein Kabinett von Jungtürken zu bilden, sie die Prinzen die Türkei verlassen wollten. Infolge der unvorhergesehenen Lage ergreift man sich einwilligen in allerhöchster Minderheiten. Strafklänge werden vorausgesetzt. Ueber die Haltung der Arme, das heißt des Offizierskorps, im kritischen Augenblick eine zutreffende Prognose zu stellen, ist nicht möglich. Sie kann den Erwartungen Mahmud Scheffets entsprechen, dann bleibt die Ruhe gewahrt; es kann aber auch eine Spaltung eintreten, die alle Berechnungen über den Haufen wirft. Nicht wenige Offiziere sympathisieren mit der Auffassung der kaiserlichen Prinzen und demgemäß mit der kaiserlichen Richtung.